



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2018, Bern  
**Christian Gusset, Sektorleitung Industrie Unia**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Frauen und Männer und alle anderen

Ich bin froh, dass wir hier sind. Und ich danke Euch, dass ich ein paar Worte sagen darf.

**WAS**, das frage ich Euch, **was ist zu tun**, wenn in der Schweiz Verhältnisse herrschen, die unsere Verfassung verletzen? Was ist zu tun, wenn Hunderttausende Firmen illegal handeln?

Denn genau das sind ungleiche Löhne für Mann und Frau: illegal und verfassungswidrig. Und ausserdem obszön. Damit ist auch die Antwort klar: Wir müssen mit diesen Verhältnissen aufräumen. Sie beheben. Sie umstürzen. Sofort. Nicht irgendwann. Die Patrons hatten ein paar Jahrzehnte lang Zeit, ihre Löhne zu **legalisieren**. Jetzt sind wir am Ende unserer Geduld. Was ist konkret zu tun? Es ist einfach: In jeden GAV und jeden Arbeitsvertrag gehört die Vorschrift, dass die Firmen einmal pro Jahr Rechenschaft über Lohngleichheit ablegen müssen, indem sie ihre Lohn- und Bonusstruktur offenlegen. Und die öffentliche Hand muss ihrerseits etwas Simples tun: Sie muss die Firmen zur Offenlegung zwingen und dafür **verbindliche Kriterien** vorgeben. Frankreich macht es gerade. Andere Länder auch. Da werden wir das wohl auch können.

Das Entscheidende dabei ist: Es darf nicht sein, dass die einzelne Person gegen ihrem Arbeitgeber klagen muss. Die Offenlegungspflicht dient dem Ziel, dass ungleichen Löhne zum Offizialdelikt werden. Wird Ungleichheit konstatiert, folgt daraus die Pflicht, sie zu beheben. Sonst Strafe. Punkt.

Ich sage sehr bewusst: **WIR**. Lohngleichheit ist kein Frauenanliegen. Ich mag nicht in einem Betrieb arbeiten, in dem meine Kollegin neben mir den gleichen Job tut und weniger dafür verdient. Wer das nicht begreift, wird nie etwas begreifen. Denn es geht ja um etwas viel grösseres als Lohn: **Wir reden eigentlich über Chancengleichheit**.

**Chancengleichheit**. Das Wort tönt wie ein Schlagwort, riecht wie ein Schlagwort und ist oft so leer wie ein Schlagwort. Höchste Zeit, dass wir der Chancengleichheit ihren Wert zurückgeben. Sie steht im Kern von all dem, was wir als kritische Bürgerinnen und Bürger, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tun und fordern.

**Gleichgeschaltet** wollen wir nicht sein. Unterschied ist reizvoll, Differenz macht das Leben schön. Doch wir wollen gleich vor den Chancen sein. Wir wollen die gleichen Möglichkeiten haben, ein gutes Leben zu führen. Die eine als Schweisserin, der andere als Handarbeitslehrer und beide als YB-Fans. Oder was auch immer.

Wenn jemand keine Lehrstelle findet, wenn Migranten diskriminiert werden, wenn Leute wegen einer Behinderung an den Rand gestellt werden, dann verschliessen sich vor diesen Menschen die Möglichkeiten. Das sind persönliche Katastrophen, aber auch Katastrophen für die Gesellschaft.

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die nicht für möglichst viele Lebenschancen für alle sorgt, treibt auf den Bruch zu.

Wenn viele von ihrem Lohn nicht mehr leben können, hat diese Ökonomie ihre Berechtigung verspielt. Sie ist illegitim geworden. In der Schweiz leben 600'000 wie wir in Armut und ebenso viele sind von Armut bedroht. Die meisten davon arbeiten. Das BIP ist ein Popanz. Die Zahlungsbilanz ist ein Popanz. Worauf es ankommt in einem Land, sind die Möglichkeiten, unsere Existenzen auf vielfältige Arten zu entfalten. **Eben:** Chancengleichheit. Und dazu gehören Dinge wie Lohn, Jobsicherheit und soziale Sicherheit, Anspruch auf permanente Bildung, begrenzte Arbeitszeiten etc.

Heute sagt man uns, die Krise, die 2008 begann, sei vorbei. Schön wär's. Wir wollen jetzt gar nicht über Wackelbanken, Frankenspekulanten, Bankster und Boni-Abzocker reden. Der CS-Chef hat in 7 Jahren 100 Millionen Franken garniert.

Wahr ist: Aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise ist längst auch eine Krise der Gesellschaft und des politischen Systems geworden. Die Schweiz wird jeden Tag ungleicher, das heisst ungerechter. 1 Prozent besitzt mehr, als die Hälfte der Gesellschaft. Die Lohnspanne zwischen den tiefsten und höchsten Löhnen in den 40 grössten Unternehmen ist auf 1:165 gewachsen. Die Bestbezahlten bekommen also in zwei Tagen so viel wie die Abwartin oder die Leute am Empfang für ein ganzes Arbeitsjahr. Doch Aktionäre, Konzerne und Superreiche bezahlen immer weniger Steuern. Jetzt sollen sie noch weniger zum Gemeinwohl beitragen, mit der Unternehmenssteuerreform III. Das Volk hat Nein gesagt. Was macht Ueli Maurer? Er legt das Monster-Steuer Geschenk einfach unter anderem Namen neu auf. Jetzt heisst die Unternehmenssteuerreform III einfach Steuerreform 17. Ueli, der Knecht... der Schweizer Oligarchie. Wir wissen also, was zu tun ist.

Klar geht es auch ums Geld. Es wird unten genommen und unter denen oben verteilt. Doch damit werden eben auch Lebenschancen umverteilt – von unten nach oben.

Für das bessere Leben des reichsten 1 Prozent streichen Ueli der Knecht, der Schneider Johannes und ihre SVP-FDP-Mehrheit die soziale Sicherheit, den Service public und den Staatshaushalt zusammen. Ein Staat, der Überschüsse erzielt, ist ein Webstübeler-Witz. Doch die da drüben im Bundeshaus sind auch noch stolz darauf, dass sie bei Negativzinsen etwas ökonomisch so Irrsinniges tun, das uns viele Lebenschancen kosten wird.

Darum kämpfen wir mit einem Referendum gegen das Steuergesetz, mit einem Volksvorschlag gegen das Sozialhilfegesetz und mit einer Initiative gegen Lohndumping durch Subunternehmerketten, an deren Ende etwa Gipserinnen auf dem Bau für ein Hungergeld schufteten müssen.

Vielleicht denkt Ihr jetzt, die Unterschriftensammlerei und die Kampagnen und alles, was das braucht, sei ziemlich viel Holz, das wir stemmen müssen. Stimmt. Da kommt einiges auf uns zu. Die Auseinandersetzung um die Schweiz von morgen spitzt sich gerade rabiat zu. Die gute Nachricht ist: Wir können das gewinnen.

Auch sonst steht einiges an. Gewerkschaften ringen nicht mit grossen Theorien, sondern im alltäglichen Kräfteressen für Chancengleichheit. So müssen wir etwa den Stellenabbau bei Post, Swisscom und SBB stoppen. In der Industrie ringen wir um einen neuen MEM-GAV. Darin wollen wir bessere Chancen für die Lernenden, unter anderem mit Mindestlöhnen, und für die Älteren

verankern. Mit der Berufspasserelle 4.0 sollen Arbeitende sich für digitale Zeiten umrüsten können, inklusive der Möglichkeit, dass über 50-Jährige nochmals in die Lehre gehen.

Auch dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser Stolz: Dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Frauen gegen Männer, Migrantinnen gegen Schweizer, Ungelernte gegen Studierende. Wenn uns die lange Geschichte der Arbeitendenbewegung etwas lehrt, dann dieses: Bessere Lebenschancen, die Emanzipation des Menschen, gibt es nur gemeinsam. Da ist Lohnleichheit zwischen Mann und Frau das Mindeste.

Lasst uns das heute feiern. Danke.